

Niederschrift

über die 27. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses am 13.06.2013
(9. Wahlperiode)

Tag e s o r d n u n g

Seite

Öffentliche Sitzung	4
1 Bürgeranregung gem.§ 24 GO vom 17.05.2013 zur Beibehaltung des Meerbuscher Saubertages Vorlage: FB1/568/2013	4
1.1 Bürgerantrag gem. § 24 GO vom 05.06.2013 zur Aufhebung der Sondernutzungssatzung für gastronomische Sondernutzungen an öffentlichen Straßen	4
2 Anpassung der Fuhrpark-Konzeption: a) an das Gesetz über die Sicherung von Tariftreue und Sozialstandards sowie fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen - TVgG-NRW), b) an die Vorschläge der Europäischen Kommission zu den neuen Abgasnormen für PKW Vorlage: SB11/539/2013	5
3 Anträge	6
4 Anfragen	6
4.1 Anfrage der UWG-Fraktion vom 23. Mai 2013 bez. Benennung von Straßennamen / Unterbreitung von Vorschlägen Vorlage: ZD/077/2013	6
5 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	6
6 Termin der nächsten Sitzung: 12. September 2013	6
7 Verschiedenes	6
7.1 Verwendung der Wohnung am Feuerwehrgerätehaus Lank-Latum	6
7.2 Ausbau der Böhlerstraße	6
7.3 Nutzung des Rathauses Osterath	7

Sitzungsort: Städt. Realschule Osterath, Görresstr. 6, Aula

Beginn der Sitzung: 18:50 Uhr

Ende der Sitzung: 19:30 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Dieter Spindler Bürgermeister

von der CDU-Fraktion

Herr Herbert Becker Ratsmitglied Vertreter für Ratsherrn Wartchow

Herr Werner Damblon Ratsmitglied

Herr Thomas Jung Ratsmitglied

Herr Leo Jürgens Ratsmitglied

Frau Renate Kox Ratsmitglied

Herr Franz-Josef Radmacher Ratsmitglied

Frau Petra Schoppe Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt Ratsmitglied Vertreter für Ratsherrn Dr. Schumacher-Adams

Herr Klaus Rettig Ratsmitglied

Herr Jörg Schleifer Ratsmitglied

Herr Dr. Klaus Schmidt-Menschner Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Herr Jürgen Eimer Ratsmitglied

Herr Georg Neuhausen Ratsmitglied

Frau Ilse Niederdelmann Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Jürgen Peters Ratsmitglied

Frau Dr. Karen Schomberg Ratsmitglied

von der UWG-Fraktion

Frau Daniela Glasmacher Ratsmitglied Vertreterin für Ratsherrn Staudinger-Napp

Zentrum

Herr Wolfgang Müller Ratsmitglied

von der Verwaltung

Herr Dr. Just Gérard Technischer Beigeordneter

Herr Michael Betsch Bereichsleiter Servicebereich 11

Herr Ulrich Mombartz Personalrat

Frau Gabriele Parschau Gleichstellungsbeauftragte

Herr Wolfgang Trapp Bereichsleiter Fachbereich 5

Herr Heinrich Westerlage Bereichsleiter Service Recht

Frau Alice Wiegand Referentin des Bürgermeisters

Herr Jürgen Wirtz Bereichsleiter Zentrale Dienste

Schriftführer

Herr Wolfram Olbertz

Zentrale Dienste

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Herr Jörg Wartchow

Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Dr. Bernd Schumacher-Adams

Ratsmitglied

von der UWG-Fraktion

Herr Christian Staudinger-Napp

Ratsmitglied

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist Bürgermeister Spindler auf das als Bürgerantrag eingereichte und dem Ausschuss verteilte Schreiben des Herrn Schmalbach zur Aufhebung der Satzung für die gastronomische Sondernutzung von öffentlichen Straßen hin. Es sei zwar nicht fristgerecht eingereicht worden, doch erscheine eine Wartezeit bis zur Behandlung in der nächsten Sitzung im September als zu lang. Insofern schlage er vor, den Antrag unter Anerkennung der Dringlichkeit bereits in der heutigen Sitzung unter TOP 1.1 zu beraten. Hiergegen gibt es seitens des Ausschusses keine Einwände.

Öffentliche Sitzung

- 1 Bürgeranregung gem.§ 24 GO vom 17.05.2013 zur Beibehaltung des Meerbuscher Saubertages**
Vorlage: FB1/568/2013

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss verweist den Antrag gem. § 24 GO NRW an den Bau- und Umweltausschuss mit der Empfehlung, über die im Rahmen des Antrages vorgebrachte Anregungen zu entscheiden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ein Vertreter der Petenten ist nicht anwesend.

Bürgermeister Spindler weist darauf hin, dass die Anregung zur Aufgabe eines stadtweiten Saubertages von den örtlichen Bürgervereinen selbst gekommen sei..

- 1.1 Bürgerantrag gem. § 24 GO vom 05.06.2013 zur Aufhebung der Sondernutzungssatzung für gastronomische Sondernutzungen an öffentlichen Straßen**

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt dem Rat, die Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für gastronomische Sondernutzungen an öffentlichen Straßen (Sondernutzungssatzung) aufzuheben.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	1	5	1
FDP	4		
SPD		3	
Bündnis 90 / Die Grünen		2	
UWG		1	
Bürgermeister		1	
Gesamt	5	12	1

Bürgermeister Spindler begrüßt den Petenten Herrn Schmalbach und gibt ihm Gelegenheit seinen Bürgerantrag zu erläutern.

Herr Schmalbach erläutert seinen Antrag und stellt dabei insbesondere heraus, dass die betroffenen Wirte nunmehr sicherlich ihre Außenflächen auf öffentlichen Straßen verkleinern würden und damit das prognostizierte Einnahmenvolumen nicht erreicht werden könne. Zudem sei die Darstellung unzutreffend, Meerbusch befinde sich mit der Höhe der Gebühr vergleichbar im unteren Drittel der Kommunen. Eine Erwirtschaftung der zu zahlenden Gebühr sei nicht möglich, da eine Nutzung der Außenflächen nur in relativ kleinen Zeitkorridoren möglich sei. Insofern sei auch die pauschale Erhebung im Vergleich zu anderen Kommunen, in denen lediglich die tatsächliche Nutzungszeit abgerechnet werde, für die Wirte belastend.

Ratsherr Peters erwidert, dass die Meerbuscher Bürger vergleichsweise wohlhabend seien und daher eine Gebühr für die Nutzung öffentlichen Raums durchaus angemessen sei. Insofern sei der Antrag zurückzuweisen.

Ratsherr Rettig erklärt für die FDP-Fraktion, sie lehne eine Gebührenerhebung nach wie vor ab.

Ratsherr Müller weist darauf hin, dass für Wirte mit Außenflächen ein Wettbewerbsvorteil hinsichtlich rauchender Gäste im Vergleich zu Wirten bestehe, die nicht über solche Flächen verfügen. Dies solle Herr Schmalbach bei seiner Argumentation beachten.

Ratsfrau Glasmacher regt an, vor einer Entscheidung zur Aufhebung der Satzung zunächst die Erfahrungen 1 Jahres abzuwarten. Zudem bestehe die Möglichkeit, in Härtefällen die Gebühr zu reduzieren.

Die Ratsherren Damblon und Neuhausen schließen sich der Anregung zur Auswertung von Erfahrungen vor einer Entscheidung über eine eventuelle Aufhebung oder Änderung der Satzung an.

- 2 Anpassung der Fuhrpark-Konzeption: a) an das Gesetz über die Sicherung von Tariftreue und Sozialstandards sowie fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen - TVgG-NRW), b) an die Vorschläge der Europäischen Kommission zu den neuen Abgasnormen für PKW**
Vorlage: SB11/539/2013

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss beschließt die Anpassung der Fuhrpark-Konzeption vom 21.02.2008 an die geänderten Anforderungen des TVgG-NRW und der Europäischen Kommission.

Danach sind die „derzeit eingesetzten Benzin- oder Dieselfahrzeuge durch Erdgas betriebene Fahrzeuge zu ersetzen“. Diese Vorgabe wird ersetzt durch folgende Anforderung: „Bei einer zukünftigen Beschaffung von Fahrzeugen ist die Energieeffizienz und das Lebenszyklusprinzip zu berücksichtigen.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Bürgermeister Spindler gibt einen Hinweis auf die erfolgte Beratung der Angelegenheit in der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 08.05.2013.

Ratsherr Jürgens berichtet als stellvertretender Vorsitzender dieses Ausschusses von der einstimmigen Abstimmung dort. .

3 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

4 Anfragen

4.1 Anfrage der UWG-Fraktion vom 23. Mai 2013 bez. Benennung von Straßennamen / Unterbreitung von Vorschlägen Vorlage: ZD/077/2013

Bürgermeister Spindler beantwortet die Anfrage wie folgt:

Es bestehe für jeden Bürger bzw. jede Bürgerin die Möglichkeit, Vorschläge zur Neubenennungen von Straßen zu machen. In Einzelfällen sei dies bereits erfolgt. Die Entscheidung und Beratung im Ausschuss sei dann in den Einzelfällen abzuwägen. Hierbei seien die Regeln, die sich der Rat bzw. der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss selbst gesetzt habe wie z.B. die vorrangige Verwendung von Frauennamen zu beachten.

Ratsherr Radmacher ergänzt, dass die Heimat- und Geschichtsvereine bisher bei Neubenennungen immer um Vorschläge gebeten worden seien, die dann i.d.R. auch umgesetzt wurden.

Ratsherr Rettig regt an, zukünftig die Bürgerinnen und Bürger über entsprechende Presseinformationen zu anstehenden Straßenbenennungen zu informieren.

5 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

6 Termin der nächsten Sitzung: 12. September 2013

Die nächste Sitzung findet gem. Langzeitplan am 12. September 2013 statt.

7 Verschiedenes

7.1 Verwendung der Wohnung am Feuerwehrgerätehaus Lank-Latum

Unter Hinweis auf seine bereits in einer der vorherigen Sitzung gestellten Bitte um Sachstandsdarstellung zur weiteren Verwendung der zum Feuerwehrgerätehaus in Meerbusch-Lank-Latum gehörenden Wohnung wiederholt Ratsherr Jürgens seine Frage.

Bürgermeister Spindler erklärt in Abstimmung mit Technischem Beigeordneten Gérard, dass eine Beantwortung in der nächsten Sitzung des Ausschusses erfolge.

7.2 Ausbau der Böhlerstraße

Ratsfrau Niederdellmann fragt nach, ob es zwischenzeitlich zu einem Kontakt zwischen dem Bürgermeister und dem Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf hinsichtlich des geplanten Ausbaus der Böhlerstraße gegeben habe. Sie habe gehört, die Stadt Düsseldorf wolle den Ausbau bis zum Neubau der Straßenbahnlinie U81 zurückstelle. Dies sei aus ihrer Sicht nicht zumutbar.

Bürgermeister Spindler antwortet, er habe mit dem zuständigen Verkehrsdezernenten Dr. Keller gesprochen, der ihm versichert habe, Mittel für den Ausbau der Böhlerstraße seien für das Jahr 2014 im Düsseldorfer Haushalt vorgesehen. Daher sei mit einer entsprechenden Baumaßnahme zu rechnen. Ein weiteres Abwarten bis zum Bau der U 81 sei nicht vertretbar.

7.3 Nutzung des Rathauses Osterath

Ratsherr Eimer bittet um Auskunft, ob im Rahmen der zukünftigen Vermietung des Osterather Rathauses eine weitere Nutzung der Räumlichkeiten z.B. beim Schützenfest geregelt werden könne und ob dort u.U. die Erziehungsberatungsstelle untergebracht werden könne.

Bürgermeister Spindler erläutert, das Gebäude sei im Eigentum der WBM, die sich um eine Vermietung kümmere. Ob eine weitergehende Nutzung einzelner Räume durch den Schützenverein möglich sei, müsse abgeklärt werden, sei aber wünschenswert.

Meerbusch, den 20. Juni 2013

Dieter Spindler
Bürgermeister

Wolfram Olbertz
Schriftführer/in